

Weil Männer entscheiden, was Frauen dürfen

Wegen Abtreibung verurteilt: Besuch bei Frauen im Gefängnis Ilopango in El Salvador



Foto: Gaby Küppers

Überraschung. Durchatmen. Erleichterung. Dem Gesuch der vierköpfigen Delegation aus Europa wurde von einem auf den anderen Tag stattgegeben, „um die internationale Öffentlichkeit zu informieren“, wie es im Erlaubnisschreiben aus dem Justizministerium hieß. Die beiden grünen Europaabgeordneten Bodil Valero aus Schweden und Molly Scott Cato aus Großbritannien durften also gemeinsam mit Gaby Küppers und Gert Eisenbürger von der ilar Salvadorianische Frauen, die wegen Schwangerschaftsabbrüchen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt sind, im Gefängnis besuchen. Was sie dort hörten, konnten sie kaum glauben. Und doch ist ein sozusagen lebenslänglicher Freiheitsentzug traurige Realität in einem Land, in dem die Kirchen und die extreme Rechte ein totales Abtreibungsverbot durchgesetzt haben.

VON GERT EISENBÜRGER UND GABY KÜPPERS

Die Idee entstand bei der 9. internationalen Konferenz zu *Femicidios* (Frauenmorden) und Gewalt gegen Frauen in San Salvador. Seit knapp zehn Jahren werden diese Konferenzen einmal jährlich von der Heinrich-Böll-Stiftung und den Grünen im Europaparlament organisiert, um den Kampf gegen *Femicidios* zu bilanzieren. Diesmal hatte die „Colectiva de Mujeres“ in El Salvador (richtig gelesen: colectivo in der weiblichen Form) die Vorbereitung vor Ort übernommen und schier unglaublich mobilisiert. Nicht vergeblich: Weitere Stühle mussten herbeigeschleppt werden, bis schließlich weit über 200 Leute, davon etwa 90 Prozent Frauen, im Konferenzsaal Platz fanden. Was den Teilnehmer*innen aus El Salvador neben dem Hauptthema *Femicidios*, nirgendwo auf der Welt werden nach Aussagen einer Referentin im Verhältnis zur Einwohner*innenzahl derzeit mehr Frauen ermordet als in dem kleinen mittelamerikanischen Land, vor allem auf den Nägeln brannte, war das Werben um internationale Unterstützung im Kampf gegen das totale Abtreibungsverbot in ihrem Land.

* Die Namen der inhaftierten Frauen wurden geändert.

Foto: Eingang zum Frauengefängnis Ilopango

Das zeichnete sich schon bei der vorausgehenden Pressekonferenz ab. Um acht Uhr morgens war der Saal brechend voll mit Journalist*innen, Kameras und Recorder im Anschlag. Die Fragen drehten sich von Anfang an vor allem um das totale Abtreibungsverbot. Uns war schnell klar: Den Frauen hilft am meisten, wenn Menschen aus Europa, gerade auch Abgeordnete, dazu Stellung beziehen. Und es den wegen Abtreibung verurteilten Frauen mitteilen. Ob wir sie besuchen könnten? Sara von der Colectiva war skeptisch, ob der Kürze der Zeit. Dennoch schrieb sie sofort einen Antrag auf einen Besuch im Frauenknast in Ilopango. Einen Versuch sei es wert. Einen Tag später schickte Sara jubelnd die Nachricht: Es klappt!

Am nächsten Tag wartet Berta, eine Anwältin des Colectiva, in dem „Casa de Todas“ (Haus aller Frauen) auf unseren Kleinbus nach Ilopango. Berta vertritt und betreut einige der wegen eines Abbruchs einsitzenden Frauen und begleitet uns in den Knast. Auf der fast dreiviertelstündigen Fahrt in den Vorort San Salvadors erklärt sie manches über den Hintergrund der Frauen, die wir sehen dürfen, und das Vorgehen der Justiz beim Thema Abtreibung. Die deswegen angeklagten und verurteilten Frauen kämen überwiegend aus der Unterschicht, viele aus ländlichen Regionen, sagt sie. Meist sind sie ins Visier der Justiz geraten, weil es bei der Abtreibung Komplikationen gegeben hat und sie deshalb in ein öffentliches Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Staatliche Kliniken sind verpflichtet, alle Fälle, bei denen Verdacht auf einen Abbruch besteht, der Polizei zu melden. Deshalb werden neben Frauen, die abgetrieben haben, immer wieder auch Frauen festgenommen, die Fehlgeburten erlitten haben. Auch sie werden angeklagt, diese bewusst herbeigeführt zu haben.

Anders bei Frauen aus der Mittel- und Oberschicht. Über Abtreibungen im Ausland oder in Privatkliniken verliert dort niemand ein Wort gegenüber den Behörden. Es trifft also nur die Armen.

Mitten im Gespräch rumpelt unser Kleintransporter nach rechts und quetscht sich zwischen andere Autos. Vor uns sehen wir eine kurze enge Einfahrt, die zu einem eher unscheinbaren gelben Gittertor führt. Dahinter ein Wachposten mit einem Gewehr. Nichts deutet darauf hin, dass dies das größte Frauengefängnis des Landes ist, für 1200 Häftlinge angelegt, mit heute mehreren tausend Gefangenen hoffnungslos überbelegt. Bewaffnete, uniformierte Wachen stehen in El Salvador vor fast jedem größeren Gebäude oder Betrieb, so dass der Eingang auch auf das Gelände einer Firma führen könnte. Diesen Eindruck bestätigen die Lieferwagen, die das Tor passieren dürfen. Tatsächlich befindet sich im Innern des Gefängnis Komplexes auch eine kleine Maquila, also eine Textilfabrik, in der inhaftierte Frauen arbeiten. Ohne Bezahlung, erfahren wir später.

Nach Vorlage unserer Besuchserlaubnis dürfen auch wir das Tor passieren und kommen über einen kleinen Parkplatz zu einem unscheinbaren Häuschen, wo unsere Pässe kontrolliert und einbehalten werden. Dann können wir das Gelände betreten. Die Kürze der Eingangsformalitäten sei dem Umstand zu verdanken, dass wir Ausländer*innen seien, darunter zwei Europaabgeordnete, und die Sondererlaubnis hätten, erzählt uns Berta. Wenn sie alleine käme, müsse sie jedes Mal einen Berg von Papieren ausfüllen und eine Leibesvisitation über sich ergehen lassen. Das dauere jedes Mal zwei Stunden, daher käme sie nur alle 14 Tage. Noch

schwieriger und langwieriger sei es für die Angehörigen der inhaftierten Frauen.

Wir betreten eine kleine Wiese vor der erwähnten Textilfabrik. An deren Ende liegt ein nach einer Seite offener Betonbau, in dem ein paar ramponierte Plastikstühle stehen. Das also ist der Ort für ungestörte Besuche der Gefangenen, wie uns eine Tafel an der Wand verrät, wo wörtlich die Formulierung „visitas íntimas“ benutzt wird. Tatsächlich tauchen während unseres gesamten Besuches keine Schließler*innen auf. Ungestört reden können wir aber nicht wirklich, denn während der ganzen Zeit dröhnen in ohrenbetäubender Lautstärke Proben für Kirchenlieder aus einem geschlossenen Nebenraum, was das Zuhören und Reden sehr anstrengend macht. Es sei symptomatisch, meint Molly Scott Cato, dass die Lieder der Institution, die maßgeblich für die Gefangenschaft der Frauen verantwortlich ist, auch im Gefängnis die Kommunikation überlagere.

Nach und nach kommen sechs junge Frauen in den offenen „intimen“ Besuchsbereich. Bis auf eine haben sie augenscheinlich ihre beste Kleidung angezogen. Berta, die einige von ihnen vor Gericht verteidigt hat und für sie eine Vertrauensperson ist, führt uns behutsam ein: Abgeordnete und Freund*innen aus Europa, seien heute hier, um etwas über ihr Schicksal zu erfahren und sie zu unterstützen. Unsicherheit auf beiden Seiten. Wir stellen uns selber kurz vor, dann beginnen die Frauen zu erzählen. Als erste ist Lucía* gekommen, die als einzige studiert hat, bis sie eine Fehlgeburt hatte und verhaftet wurde. Ihre erste Tochter hat sie seit ihrer Verhaftung vor vier Jahren nicht gesehen. Die Eltern erzählen der Kleinen, die Mutter habe einen Arbeitsplatz weit weg und käme so schnell nicht weder.

Dann tauchen weitere Frauen auf. Sie sei etwas nervös, sagt die 30-jährige Silvia*, denn sie habe noch nie mit Menschen aus anderen Ländern gesprochen. Doch bald ist das Eis gebrochen. Sechs Frauen, die für ein Verbrechen büßen, das keines ist. Wir lauschen mit zunehmendem Entsetzen. Sie sei 31 Jahre alt und seit zehn Jahren hier, erzählt Ana, und sie sei zu 30 Jahren verurteilt. „30 Jahre?“ fragen wir nach. „Ja“, sagt sie, Frauen, die abgetrieben hätten, würden in El Salvador als Mörderinnen behandelt und da betrage das Strafmaß zwischen 30 und 35 Jahren.

Auch Silvia ist seit knapp zehn Jahren in Ilopango und soll dort ebenfalls 30 Jahre bleiben. Auch Ana und Silvia haben Kinder, Ana einen Sohn und eine Tochter von elf und dreizehn Jahren, Silvia einen Sohn von zwölf. Beide haben ihre Kinder seit Jahren nicht mehr gesehen. Das sei vielleicht besser so, es sei nicht so gut, dass ihre Tochter und ihr Sohn sie als Strafgefangene sehen, sie hätten es ohnehin schwer genug, meint Ana. „Aber ihr habt doch nichts getan, wofür ihr euch schämen müsstet“, sagt darauf die Schwedin Bodil Valero. „In den drei Ländern, aus denen wir kommen, kann eine Frau selber entscheiden, ob sie ein Kind austragen möchte.“ Es sei das Recht jeder Frau, egal wo, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Die als Mörderinnen verurteilten Frauen wissen darauf nichts zu sagen.

In salvadorianischen Knästen dürfen inhaftierte Frauen Kinder unter fünf Jahren bei sich haben. Danach müssen die Kleinen ihre Mütter und das Gefängnis verlassen. Den Behörden ist es offensichtlich egal, was dann mit den Kindern geschieht. Sie hätten Glück, sagen Ana und Silvia, ihre Kinder seien bei ihren Großeltern. Andere seien da schlechter dran, sie lebten bei entfernteren Verwandten oder Nachbar*innen, wo sie oft schlecht

Sechs Frauen, die für ein Verbrechen büßen, das keines ist

behandelt würden. Dennoch machen sich Ana und Silvia große Sorgen, vor allem um ihre Söhne. Sie haben Angst, dass diese auf die schiefe Bahn geraten und sich einer der Maras anschließen, den mafiösen Jugendbanden, die überall in El Salvador Schutzgeld erpressen und den Drogenhandel kontrollieren. Sie sind für unzählige Morde verantwortlich, gleichzeitig müssen ihre Mitglieder immer damit rechnen, von konkurrierenden Gangs umgebracht zu werden.

Die 28-jährige Carmen, die seit acht Jahren in Ilopango ist, kommt als Letzte zu unserem Gespräch. Sie hat sich nicht fein gemacht wie die anderen, sondern trägt weiße Gummistiefel und Arbeitskleidung. Sie arbeite, erzählt sie, in der Gefängnisküche und habe warten müssen, bis sie Pause habe. Wir fragen, ob sie für ihre Arbeit bezahlt werde. Nein, sagt sie, Geld erhielten weder die Frauen in der Küche noch die in der Maquila. Trotzdem sei sie froh, dass sie den Job habe. Denn erstens habe sie etwas zu tun und zweitens würde jedes Jahr, das man arbeite, doppelt gerechnet, ihre Haftzeit von 30 Jahren verkürze sich entsprechend. Deshalb seien die wenigen Arbeitsplätze sehr begehrt. Carmen ist die einzige, die ihre Kinder regelmäßig sieht, wobei „regelmäßig“ bedeutet, dass Carmens Mutter zweimal im Jahr mit ihnen nach Ilopango kommt und sie dann einige Stunden in dem offenen „Intimbereich“ zusammen sein können.

Nach der Hälfte ihrer 30-jährigen Haftzeit mit der Freilassung rechnen kann auch María, die seit gut 13 Jahren einsitzt. Die 32-jährige kam in den Genuss einer Amnestie und wird in etwas mehr als einem Jahr entlassen.

Einen Strafnachlass konnte auch unsere erste Gesprächspartnerin, die 26-jährige Lucia, in einem Berufungsverfahren erreichen. Weil ihr Partner, der Vater des Kindes, sie nach der Fehlgeburt nicht belastet habe, sei ihre Haftzeit von 30 auf zehn Jahre verkürzt worden. Eine eigenartige patriarchale Logik.

Während die fünf bisher genannten Frauen vermitteln, mit dem Knastalltag irgendwie klarzukommen, wirkt die knapp 19-jährige Sara völlig verstört. Sie ist erst seit kurzem in Ilopango. Auch Sara wurde nach einer Fehlgeburt festgenommen. Im Krankenhaus hatte sie angegeben, nichts von ihrer Schwangerschaft gewusst zu haben. Das glaubte man ihr nicht. Den Umstand, dass sie keine Vorsorgeuntersuchung in Anspruch genommen hatte, wertete man als Indiz dafür, dass sie ihre Schwangerschaft verheimlichen wollte, weil sie vorhatte, eine Fehlgeburt herbeizuführen.

Eine absurde Argumentation der Behörden, sagt auch Berta, die Anwältin. Uns gegenüber meinte sie, Sara habe die Anzeichen ihrer Schwangerschaft verdrängt, weil sie mit der Situation völlig überfordert war.

Es ist offensichtlich, dass die junge Frau psychologische Unterstützung braucht, vielleicht sogar suizidgefährdet ist. Doch diese Hilfe wird sie wahrscheinlich nicht bekommen. Es gibt zwar Anstaltspsycholog*innen in Ilopango, aber so wenige, dass an eine Stabilisierung oder Therapie gefährdeter Gefangener nicht zu denken ist. Einige der Frauen sind zudem auf den psychologischen

Dienst in der Anstalt gar nicht gut zu sprechen. Dort hätten sie eher einen Tritt bekommen als die Hilfe, die sie erhofft hatten. Ob das so stimmt, können wir von außen nicht beurteilen. Auf jeden Fall haben die Frauen es subjektiv so erlebt.

Wir fragen nach den Haftbedingungen. Das größte Problem sei die Überbelegung in Ilopango. Es gebe nicht einmal genügend Betten und Matratzen, ein Teil der Frauen müsse immer auf dem Boden, manchmal unter den eigentlichen Betten, schlafen. So etwas wie ein Minimum an Privatsphäre existiere für sie nicht, auch kein eigener Schrank oder Spind. Alles was sie hätten, müsse in eine kleine Kiste passen. Sie dürften ohnehin nicht mehr als vier Garnituren Kleidung und Wäsche haben (die sie von ihren Angehörigen bekommen können), was darüber hinaus ginge, würde bei den regelmäßigen Durchsuchungen der Schlafräume konfisziert.

Unzureichend seien wegen der Überbelegung auch die sanitären Anlagen. Es gäbe viel zu wenige Toiletten und Duschen und die seien oft noch in einem schlechten Zustand. Bei der Beschreibung

der Probleme lachen die Frauen viel, vor allem als María manches augenzwinkernd mit drastischen Worten und originellen Bildern schildert. Dabei ist nichts vom Erzählten wirklich lustig, aber das Lachen befreit ganz offensichtlich. María lacht glücklich, als wir ihr Humor attestieren. Wir denken uns, wie sie sich den überhaupt bewahren konnte. Schon auf der Fahrt wollten wir von der Anwältin Berta wissen, ob und wie oft die Gefangenen Besuch bekämen, um Verlegenheit oder gar Tränen bei direkten Fragen vorzubeugen.

Sehr selten, meinte Berta. Wenn, dann seien es vor allem die Mütter. Ihre Väter und andere männliche Familienmitglieder kämen fast nie nach Ilopango. Besuche seien für die Angehörigen kompliziert und auch relativ teuer. Viele der inhaftierten Frauen kämen aus ländlichen Regionen, weswegen zunächst das Geld für die Busfahrt aufgebracht werden müsste. Dann müssten die Besucher*innen für den Erlaubnisschein und die notwendigen Papiere bezahlen und die Einlassprozedur über sich ergehen lassen. Das alles schrecke ab, zudem gäbe es auch Angehörige, die den Frauen vorwerfen, für ihr Schicksal selbst verantwortlich zu sein, und sie deshalb nicht besuchten.

Nach dem Knastalltag gefragt, berichten die Frauen von viel Leerlauf, auch von gelegentlichen Aggressionen. Einige ihrer Mithäftlinge würden sie als Kindsmörderinnen beschimpfen. Positiv sei, dass einige Nichtregierungsorganisationen im Gefängnis *talleres*, also Kurse oder Lernwerkstätten, organisieren würden. Da könne man sich neue Fähigkeiten aneignen und etwas für ihre Familien draußen machen. Ana erzählt, sie sticke viel, Silvia häkelt, klassische Frauentätigkeiten also und nicht gerade berufsqualifizierend. Aber sicher sind Handarbeitskurse einfacher zu realisieren als *talleres*, in den Frauen lernen, mit Computern zu arbeiten. Eine richtige Bibliothek existiere im Gefängnis nicht, meint Silvia, aber sie habe eine Bibel, in der sie öfter lese.




Medizinische Versorgung gibt es in Ilopango – allerdings limitiert. So könne man nur alle sechs Monate zum Zahnarzt. Einmal habe sie Zahnschmerzen gehabt und wollte in die Sprechstunde. Da habe man ihr gesagt, es würden noch acht Tage fehlen, bis die sechs Monate seit ihrem letzten Termin verstrichen seien. „Als ob meine Zähne wüssten, wann sechs Monate vorbei sind“, sagt sie und prustet lachend los. Wir lachen mit und denken dann, geht das eigentlich?

Langsam nähert sich unsere Besuchszeit dem Ende. Wir fragen die Frauen noch, ob sie etwas brauchten, was wir ihnen beschaffen könnten. Shampoo und Creme wären schön, auch Toilettenpapier und Tampons. Wir versprechen, uns darum zu kümmern, und Berta, die ihre Klientinnen alle zwei Wochen besucht, also weit mehr als nur ihr Rechtsbestand ist, will ihnen die Sachen mitbringen. Dann verabschieden wir uns emotional sehr bewegt voneinander. Die Frauen begleiten uns noch bis zum Eingangsgebäude. Noch ein letztes Winken, dann kehrt jedeR in die eigene Lebenswirklichkeit zurück.

Als wir am Tor stehen und auf unsere Pässe warten, schauen wir uns betroffen an. Schließlich sagt Molly Scott Cato mit wütender Stimme und Tränen in den Augen: „Nur weil ein paar Typen definieren, was Moral ist und was eine Frau tun und lassen darf, nimmt man den Frauen ihre Freiheit und ihre Lebensperspektive und verhindert, dass sie ihre Kinder betreuen und aufwachsen sehen. Das ist unerträglich.“ Dann öffnet sich das Tor und wir gehen zu unserem Kleinbus. Hatten wir auf der Hinfahrt viel geredet und Berta mit unseren Fragen bestürmt, ist es auf dem Rückweg ganz ruhig. JedeR hängt den eigenen Gedanken nach.

Am nächsten Tag treffen wir einen europäischen Freund, der schon lange in El Salvador lebt. Wir fragen ihn, ob es Perspektiven gibt, dass sich am totalen Abtreibungsverbot und der Situation der inhaftierten Frauen etwas ändert. Er meint, in der regierenden FMLN und vor allem bei den Frauen der aus der Guerilla hervorgegangenen Partei gäbe es dafür ein Bewusstsein und eine gewisse Bereitschaft etwas zu ändern, obwohl man es sich deshalb nicht mit den mächtigen Kirchen (der Katholischen und den Evangelikalen) verscherzen wolle. Das Problem sei das Parlament, in der die FMLN nur 31 der 85 Abgeordneten stelle. Die FMLN-Abgeordnete Lorena Pena habe dort einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach bei Vergewaltigungen, Lebensgefahr für die Mutter und Nicht-Lebensfähigkeit des Fötus Abbrüche künftig straffrei sein sollen. Aber selbst dieser Vorschlag habe derzeit wenig Chancen, angenommen zu werden. Zwar gebe es dafür internationale Unterstützung, auch aus Deutschland und der Schweiz, aber er sehe derzeit nicht, dass es gelingen könnte, auch zwölf rechte Abgeordnete für die Unterstützung des Gesetzentwurfes zu bewegen. Die rechtskonservative ARENA-Partei habe das totale Abtreibungsverbot in ihrer Regierungszeit durchgebracht und feiere es noch immer als große Errungenschaft. Sie spiele sich gerne als Hüterin der Familie und der traditionellen Werte auf. Es sei gut und wichtig, durch internationale Kampagnen Druck auf die FMLN-Regierung auszuüben. Noch wichtiger sei es aber, Einfluss auf die kleinen Rechtsparteien zu nehmen. Vielleicht könnten konservative Organisationen aus Europa oder den USA bei ARENA etwas bewegen, vielleicht auch Interventionen christlicher Verbände. Aber das sei auf jeden Fall ein langer und schwieriger Kampf. Aber immerhin sei das Thema heute Teil einer öffentlichen Debatte und werde nicht mehr mit fundamentalistischen Argumenten im Keim abgewürgt. ■



Der 28-jährige Kunsthandwerker Santiago Maldonado wurde gewaltsam zum Verschwinden gebracht, als er sich an einem Mapuche-Protest auf dem Territorium Pu Lof in der südargentinischen Provinz Chubut beteiligte. Die Protestaktion, bei der der junge Mann zuletzt gesehen wurde, fand am 1. August 2017 statt. Die Militärpolizei ging dabei brutal gegen die Protestierenden vor. Seither fordert eine breite Bewegung: Wir wollen Santiago zurück, und zwar lebend!

VON ROCÍO SÁNCHEZ

Die Forderung der indigenen Mapuche im Departement ist alt. Es geht um Land, das seit Jahrhunderten von Mapuche bewohnt wird, im konkreten Fall um ein Gebiet, das offiziell dem multinationalen Bekleidungsunternehmen Benetton gehört. (Das Unternehmen kaufte in den 90er-Jahren 900 000 Hektar im ganzen Land auf, siehe auch *ila* 399.) Das Unternehmen hält auf den Ländereien Schafe, aber auch Bergbauaktivitäten in diesen Gebieten sind nicht ausgeschlossen. Die Mapuche hingegen fordern das von Benetton illegitim angeeignete Land ihrer Vorfahren zurück und streben eine wirtschaftliche wie politische Autonomie an. Bei diesem Konflikt stehen die Mapuche privatwirtschaftlichen Unternehmensinteressen gegenüber, wobei letztere von der argentinischen Politik unterstützt werden.

Die Nachricht über Santiagos Verschwinden verbreitete sich in Windeseile über die sozialen Netzwerke. Wenige Tage vor den Vorwahlen in Argentinien (am 13. August), bei denen die Kandidat*innen für die Parlamentswahlen im Oktober bestimmt wurden, kam an die Öffentlichkeit, dass Santiago zum letzten Mal gesehen wurde, als ihn die Militärpolizei festnahm. Zuvor hatten die Sicherheitskräfte die Straßenblockade der Mapuche mit Gummigeschossen aufgelöst. Die etablierten Medien brauchten eine Zeit lang, um die Forderungen nach Santiagos Wiederauftauchen aufzunehmen, was nicht groß verwundert, da die meisten getreu den Interessen der Unternehmen und der Regierenden agieren. Die wenigen Programme oder Medien mit großer Reichweite, die auch kritische Stimmen zulassen, sind häufig Zensur- und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt.

Das beste Beispiel dafür, wie die Realität verfälscht dargestellt wird, war die Großdemo am 1. September, einen Monat nach Santiagos Verschwinden. An diesem Protesttag gab es im ganzen Land Festivals und Kundgebungen, die größte mit 200 000 Teilnehmer*innen fand auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires statt. Doch diese massive und friedliche Zusammenkunft hatte ein trauriges Ende, was leider in den letzten Monaten zur Gewohnheit